

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes (KgfEG) und des Häftlingshilfegesetzes (HHG) — Drucksache 10/6240 —

Bericht der Abgeordneten Dr. Riedl (München), Kühbacher, Frau Seiler-Albring und Dr. Müller (Bremen)

Der Heimkehrerstiftung soll vom Bund im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung über die bei Kapitel 06 40 Titel 182 03 des Bundeshaushalts vereinbarten Darlehensrückflüsse (Zins- und Tilgungsbeträge) hinaus Zuschüsse zur Verfügung gestellt werden. Die Stiftung soll damit die erforderlichen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 46 b des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes erhalten.

Der Gesetzentwurf sieht außerdem Änderungen des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes und des Häftlingshilfegesetzes vor, wonach insbesondere Witwen — und nach der Beschlußfassung im Innenausschuß auch Witwer — in die Neufassung des § 46 b KgfEG einbezogen werden.

Die vorgesehene Verpflichtung des Bundes zur Fortführung der Aufgaben der Stiftung ist bereits im geltenden Finanzplan des Bundes eingestellt. Bei Kapitel 06 40 Titel 684 02 sind für die Haushaltsjahre

1988	13 000 000 DM,
1989	13 500 000 DM,
1990	13 500 000 DM

vorgesehen. Die Mehrkosten für die durch die Einbeziehung der Witwen in die Regelung des § 46 b KgfEG sind schwer schätzbar, werden aber unerheblich sein und können im Rahmen der bewilligten Mittel aufgebracht werden. So sind im Entwurf des Bundeshaushaltsplans für 1987 5 100 000 DM bei Kapitel 06 40 Titel 684 02 vorgesehen. Die im Gesetzentwurf genannte Nichtanrechnung der Grundrente ist im Bereich der Rentengesetzgebung bereits geltende Praxis.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Innenausschuß vorgelegten Beschlußempfehlung.

Bonn, den 5. November 1986

Der Haushaltsausschuß

Walther	Dr. Riedl (München)	Kühbacher	Frau Seiler- Albring	Dr. Müller (Bremen)
Vorsitzender	Berichterstatter			

